

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 24. Februar 2026 • Nr. 46/9 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: **faz.net**

Koalition einig über Gesetz zu Tariftreue

dc. BERLIN. Kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben Union und SPD auf Bundesebene ihren lang anhaltenden Streit über das geplante Bundestariftreuegesetz beigelegt. Wie die F.A.Z. am Montag aus Koalitionskreisen erfuhr, haben sich die Fachpolitiker der Bundestagsfraktionen auf mehrere Änderungen an dem Gesetzentwurf verständigt, den die Regierung schon im August beschlossen hatte. Politisch dürfte nun der Weg für die Koalition frei sein, dieses vor allem von SPD und Gewerkschaften geforderte Gesetz im Bundestag zu beschließen. Mit ihm sollen neue, strengere Vorschriften für Unternehmen eingeführt werden, die sich um öffentliche Aufträge des Bundes bemühen. Sie sollen sich künftig einem Katalog von Arbeitsbedingungen unterwerfen, die das Bundesarbeitsministerium durch Rechtsverordnung festlegt und die es aus einem als „repräsentativ“ eingestuften Tarifvertrag ableitet. Die Unionsfraktion hat ähnlich wie Arbeitgebervertreter grundlegende Einwände dagegen geltend gemacht. Nun sei es gelungen, „das Gesetz zumindest etwas rechtssicherer und unbürokratischer zu gestalten“, kommentierte der Abgeordnete Wilfried Oellers (CDU) die Einigung mit der SPD. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

Gegen ein Europa ohne Wurzeln

Was wird aus der Archäologie an der Humboldt-Universität? Der Pompeji-Direktor Gabriel Zuchtriegel im Gespräch. **Feuilleton, Seite 9**

Schwieriger Kurzbesuch

Neun Monate hat Kanzler Friedrich Merz seit seiner Wahl verstreichen lassen, bevor er jetzt erstmals nach China reist. **Politik, Seite 4**

Moralische Schauspielerei

Kino-Aktivist*innen fordern auf der Berlinale politische Statements zum Gazakrieg. So zerstören sie die freie Rede über ihre Kunst. **Feuilleton, Seite 9**

China-Kenner im Gespräch

Klaus Mühlhahn erklärt, wie Peking die Welt sieht – und wie viel Marktwirtschaft in China steckt. **Wirtschaft, Seite 18**

Keine Eiszeit in Sicht

Den deutschen Eishockey-Bund beschäftigt das Olympia-Aus. Es wirft die Frage nach der Perspektive des Sports auf. **Sport, Seite 28**

Kühn ins Kühltai

Mit dem Elektroauto im Winter verreisen. Ist das noch immer ein Abenteuer? Das probieren wir aus im großen Hyundai. **Technik und Motor, Seite T 1**

Briefe an die Herausgeber, Seite 25

Gewalt in Mexiko nach Tötung von Kartellboss

tjb. SÃO PAULO. In verschiedenen Landesteilen Mexikos kommt es seit Sonntag zu Straßenblockaden, Anschlägen auf Busse, Plünderungen und anderen gewaltsamen Aktionen durch Mitglieder des Jalisco-Kartells. Die Gewaltwelle ist eine Reaktion auf die Tötung des Kartellbosses Nemesio „El Mencho“ Oseguera Cervantes während einer Militäroperation. Oseguera war der meistgesuchte Verbrecher Mexikos. Seit seinem Amtsantritt fordert US-Präsident Trump von Mexiko ein härteres Vorgehen gegen die Kartelle, die Washington als Terrororganisationen einstuft. (Siehe Seite 2.)

Es geht ins fünfte Kriegsjahr



Jahrestag – Am 24. Februar 2022 hat Russland seinen Krieg gegen die Ukraine auf das gesamte Land ausgeweitet. Seither gehören Bilder wie dieses vom Sonntag aus dem Großraum Kiew zum ukrainischen Alltag. Vier Jahre Vollinvasion, das sind vier Jahre Zerstörung. Und Millionen

Tote, Verletzte und Vertriebene. Doch die Ukrainer verlieren nicht den Mut. Eine deutliche Mehrheit will den Krieg ertragen, solange es eben nötig ist. Und Deutschland, Frankreich und Polen versichern, dass auch ihr Wille zur Unterstützung unerschütterlich sei. **Seiten 3 und 8** Foto Imago

EU setzt Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten aus

Kommission verlangt Klarheit über weitere Schritte / Merz reist nach Amerika

hmk./jpen./pwe. BRÜSSEL/FRANKFURT. Die EU hat die Ratifizierung des Handelsabkommens mit den USA formell auf Eis gelegt. Hintergrund sind die neu von Präsident Donald Trump angekündigten Zölle, wie der Vorsitzende des Handelsausschusses, Bernd Lange (SPD), mitteilte. „Wir möchten von den Vereinigten Staaten die klare Zusicherung, dass sie das Abkommen einhalten“, sagte Lange im Ausschuss. Auf zurzeit geltende Zölle hat die Entscheidung rechtlich keine Auswirkungen. Geplant war ursprünglich, dass die EU, wie mit Trump im Sommer vereinbart, die Zölle auf Industriewaren aus Amerika abschafft.

Željana Zovko, die stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, schrieb auf der Plattform X: „Ohne vollständige Rechtssi-

cherheit hinsichtlich der neu angekündigten Zölle, insbesondere im Hinblick auf die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, können wir keine überstürzten Entscheidungen treffen.“ Auch die Europäische Kommission verlangte am Montag Klarheit von den USA. „Wir werden nichts vorwegnehmen“, sagte ein Kommissionssprecher in Brüssel. Man brauche erst ein klares Bild davon, welche Auswirkungen das Urteil des Obersten Gerichtshofs genau habe und welche Schritte die USA unternehmen wollten. Erst dann könne die EU weitere Entscheidungen treffen. Ein Sprecher der Bundesregierung betonte, Deutschland wolle eine gemeinsame Position der EU abstimmen. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) wird nächste Woche in Washington erwartet.

Der Oberste Gerichtshof hatte am Freitag die meisten der von Trump verhängten Zölle für unrechtmäßig erklärt. Das Notstandsgesetz ermächtigte den Präsidenten nicht zur Verhängung von Zöllen, urteilten die Richter. Hierfür sei der Kongress zuständig. Die USA wollen diese Zölle von diesem Dienstag an nicht mehr erheben. Als Reaktion hatte Trump Zölle von 15 Prozent mit wenigen Ausnahmen pauschal auf Waren aus aller Welt angekündigt. Für Waren aus der EU dürften sich die Zölle dadurch im Vergleich zum Zollabkommen leicht erhöhen. Am Montag drohte Trump zudem allen Ländern, die „Spielchen“ mit der Gerichtsentscheidung treiben wollten, mit höheren Zöllen „und Schlimmerem“. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

Ungarn blockiert Sanktionen und Kredit

Budapest wirft Kiew Erpressung vor / Wadephul: Verrat an der eigenen Geschichte

T.G. BRÜSSEL. Ungarn hat sein Veto gegen neue Russlandsanktionen und einen Milliardenkredit zugunsten der Ukraine eingelegt. „Solange die Ukraine den Öltransit nach Ungarn und in die Slowakei über die Druschba-Pipeline nicht wieder aufnimmt, werden wir keine für Kiew wichtigen Entscheidungen zulassen“, schrieb der ungarische Außenminister Péter Szijjártó auf der Plattform X. Beim Treffen der EU-Außenminister in Brüssel bekräftigte er, dass die Leitung intakt sei und es keinerlei technische Hindernisse gebe, um den seit Ende Januar unterbrochenen Ölfluss wieder aufzunehmen. Es handle sich um „eine reine Erpressung Ungarns“.

Der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha, der zu der Sitzung zugeschaltet

wurde, verwahrte sich gegen diese Vorwürfe. Er habe wiederholt, teilte er anschließend mit, „dass Ungarn und die Slowakei ihre Ultimaten direkt an den Kreml richten sollten“. Beide Länder hatten auch damit gedroht, ihre Stromlieferungen an die Ukraine einzustellen, falls die Pipeline nicht am Montag den Betrieb wieder aufnehme. Nach ukrainischer Darstellung war eine Pumpstation durch einen russischen Drohnenangriff beschädigt worden. Die Reparatur sei im Gange. Mehrere Außenminister kritisierten das ungarische Veto gegen die beiden Entscheidungen, die am Montag und Dienstag getroffen werden sollten. Dies sei „empörend, aber nicht überraschend“, sagte etwa Radosław Sikorski aus Polen. Er sehe darin einen Verstoß gegen die Verpflichtung

zur europäischen Solidarität, äußerte er in Brüssel. Außenminister Johann Wadephul (CDU) nannte den Schritt „erstaunlich“. Ungarn verrate so seinen eigenen Kampf für Freiheit und europäische Souveränität.

Der F.A.Z. sagte Wadephul, es sei „sicher“, dass sowohl das 20. Sanctionspaket gegen Russland als auch die weitere finanzielle Unterstützung der Ukraine mit 90 Milliarden Euro kämen. „Wann genau, das verhandeln wir gerade noch intensiv und in voller Klarheit, vor allem gegenüber Ungarn. Alle müssen jetzt Farbe bekennen und sich fragen, auf welcher Seite sie stehen.“ Bei dem Milliardenkredit drängt die Zeit, weil Kiew von April an frisches Geld benötigt, um sich weiter gegen Russland verteidigen zu können. (Siehe Seite 2 sowie Wirtschaft, Seite 19.)

Juso-Chef gegen Verbot von Social Media

moja. BERLIN. Anders als die CDU und die Mutterpartei SPD lehnt der Vorsitzende der Jusos Vorstöße für ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren ab. „Ich kenne kein Konzept, wie ein solches Social-Media-Verbot funktionieren soll“, sagte Philipp Türmer am Montag dem Sender ntv. Solange das so sei, sollten vielmehr die großen Plattformen ins Visier genommen werden. SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf begrüßte dagegen den Beschluss des CDU-Parteitag vom Wochenende, wonach die Bundesregierung ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 14 Jahren einführen solle.

Geschäftsklima in Deutschland bessert sich

pwe. FRANKFURT. Die Stimmung in den Unternehmen in Deutschland hat sich im Februar verbessert, zum ersten Mal seit Oktober. Damit verdichten sich die Anzeichen, dass Deutschland in diesem Jahr eine moderate Erholung erleben könnte. Der Geschäftsklimaindex des Ifo-Instituts in München stieg im Februar von 87,6 auf 88,6 Punkte. Nach Angaben des Instituts waren die Unternehmen zufriedener mit ihren Geschäften; auch die Erwartungen haben sich verbessert. „Die deutsche Wirtschaft zeigt erste Signale einer Belebung“, kommentierte Präsident Clemens Fuest. (Siehe Wirtschaft, Seite 17.)

Im Land der Kartelle

Von Daniel Deckers

Als stünde die Fußballweltmeisterschaft im Sommer wegen des Zerwürfnisses zwischen der Trump-Regierung und Kanada nicht schon genug unter düsteren Vorzeichen, so wirft die Tötung des meistgesuchten Kriminellen in Mexiko ein Schlaglicht auf die Sicherheitslage in einem Staat, in dem mafiaähnliche Organisationen so viel Macht und Einfluss haben wie in keinem anderen westlichen Land.

Der Aufstieg der sogenannten Kartelle vollzog sich im Gleichschritt mit der Nachfrage nach Rauschgift jeder Art in den Vereinigten Staaten. Versorgten die Mexikaner in den Sechzigerjahren Hippies und Künstler mit Marihuana und Heroin, so umfasst die weltweite Angebotspalette derzeit Kokain, Methamphetamin und Fentanyl, aber auch Avocados. Innerhalb des Landes werfen Erpressung, Menschenhandel, Schattenwirtschaft und Geldwäsche die höchsten Gewinne ab. Für die Politik wurde das gesellschaftlich weithin tolerierte Treiben der Narcos erst mit dem Ende der siebzيجjährigen landesweiten Einpar-

teienherrschaft des PRI zu einem Problem: Nach der Jahrhundertwende ließen sich Einflusszonen und Geschäftsmodelle nicht mehr zentral organisieren. Das begünstigte die Entstehung rivalisierender Organisationen, die sich an Grausamkeit gegenüber Konkurrenten und missliebigen Politikern, Richtern, Menschenrechtlern und Journalisten von niemandem übertreffen lassen wollen.

Gut 400.000 Menschen sind in den vergangenen zwanzig Jahren dem Narco-Terror in Mexiko zum Opfer gefallen. Der Einsatz des Militärs auf den Straßen hat diese Ströme von Blut bislang ebenso wenig versiegen lassen wie die Umarmungspolitik, mit der der Vorgänger der jetzigen Präsidentin sechs Jahre lang sich die Kartelle vom Hals hielt. Ruhe dürfte sich so bald nicht wieder einstellen. Auf den Tod eines Capos folgen in der Regel innere Machtkämpfe und Kriege zwischen verfeindeten Kartellen. Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum wird sich glücklich schätzen, sollte diese Phase vor dem Sommer wie auch immer beendet sein.

So tapfer wie die Ukrainer

Von Berthold Kohler

Es gibt Ukrainer, die sich nicht für die bewundernswerte Widerstandskraft und die Opferbereitschaft loben lassen wollen, mit der ihre Nation seit vier Jahren ihre Freiheit gegen die russische Völlinvasion verteidigt: Man habe angesichts des Vernichtungs- und Unterwerfungswahns Putins doch gar keine andere Wahl. Am digitalen Wirtshaus-tisch und sogar im Weißen Haus wurde und wird den Ukrainern aber noch ein anderer Weg empfohlen: sich dem Willen des Aggressors zu fügen, ihm die geraubten Gebiete zu überlassen, wenn nicht gleich noch ein paar mehr.

Oft heißt es bei den kriegsmüden Ratgebern: Ist nicht alles besser als Tod und Zerstörung? Das fragt und sagt leicht, wer nicht selbst das Joch tragen müsste, das er als das kleinere Übel ausgibt. Mit Putins Herrschaft übel aber nicht Ruhe und Frieden in die Ukraine, sondern Terror und kulturelle Auslöschung. Putin will die Ukraine nicht „entnazifizieren“, er will sie entukrainisieren. Schon in Russland selbst wird gnadenlos verfolgt, vergiftet und vernichtet, wer gegen das Regime aufbegehrt. Die Ukrainer, die Putin so lange trotzen, hätten keine Gnade zu erwarten.

Dem könnten die noch freien und sich ihrer Werte rühmenden Europäer dann tatenlos zuschauen? Das dürften sie selbst dann nicht, wenn sie sicher wären, dass Putin sich mit der Ukraine zufriedengäbe. Doch ein Triumph dort würde ihn so wenig von weiteren Kriegsplänen abbringen, wie die Überlassung des Sudetenlands Hitler vom Überfall auf Polen abhielt.

Leider ignoriert der amerikanische Präsident die Lektionen der Geschichte. Der große Dealmaker im Weißen Haus glaubt offenbar, dass auch Putin lieber das Big Business mit Profitten für die Beteiligten machen würde, als später noch einmal über die Ukraine oder andere Länder herzufallen, um den Ruhm Russlands zu vergrößern. Eine ähnliche Fehleinschätzung hatte man sich auch schon in Berlin geleistet – und hatte für das große Gasgeschäft sogar noch eine zweite Pipeline gebaut. Auch diese Naivität hatte Putin nicht davon abgehalten, den schlimmsten und längsten Krieg in Europa seit Hitlers Feldzügen zu beginnen, sondern ihn wahrscheinlich auf seinem Kriegskurs sogar noch bestärkt.

Inzwischen wissen selbst ehemalige „Russlandversther“, mit wem und was man es in Moskau zu tun hat. Das lässt die Europäer, abgesehen von Saboteuren wie Orbán und Fico, an der Unterstützung der Ukraine festhalten. Deutschland hat, seit Trump die Ukraine durch unterlassene Hilfeleistung und Kumpanei mit Putin in einen Diktatfrieden zwingen will, seinen ohnehin schon großen Beitrag sogar noch ausgebaut.

Das strategische Kalkül ist immer noch dasselbe wie zu Beginn des Krieges: Man will Putin nicht nur das Erreichen seiner Kriegsziele verwehren, sondern auch vor Augen führen, dass die Fortsetzung des Krieges Russland und damit seinem Regime mehr schadet als die Beendigung.

Das glaubt der Kreml ausweislich des russischen Zeitspiels bei den Verhandlungen über einen Waffenstillstand nach wie vor nicht, obwohl schon Abertausende russischer Soldaten für Putins Wahn starben und auch die russische Wirtschaft unter dem Krieg und den Sanktionen leidet. Putin hält an seinem Kriegskurs fest in der für Diktatoren nicht untypischen Annahme, dass Kriege von demjenigen gewonnen werden, der den stärke-

Die Wehrhaftigkeit der von Putin Überfallenen sollte auch uns Deutschen ein Vorbild sein.

ren Siegeswillen, die größte Skrupellosigkeit und die höchste Opferbereitschaft hat. In allem sieht er sein Regime dem „dekadenten“ Europa überlegen, auf das er so verächtlich herabschaut wie Trump und die Anhänger der beiden „starken Männer“.

Die Europäer müssten daher Putin viel stärker noch als bisher zeigen, dass sie nicht vor dem großrussischen Imperialismus zurückweichen, sondern ihm so unnachgiebig die Stirn bieten wie die Ukrainer. Truppen können die Europäer wegen Putins Eskalationsbereitschaft, des fehlenden Rückhalts in Washington und des vorhersehbaren Aufschreis in den eigenen Ländern nicht an die Front schicken. Doch könnten selbst jene Staaten, die knapp bei Kasse sind, den Ukrainern mehr und wirkungsvollere Waffen liefern als bisher, wenn sie es wirklich wollten.

Dann müssten in den Geberländern eben finanzielle Opfer dafür gebracht werden. Was?! Weniger Sozialstaat oder höhere Steuern zugunsten der Ukraine?! Da flüchtet selbst die Regierung Merz lieber in die Verschuldung, aus Angst, sonst die Unterstützung der Deutschen für die Unterstützung der Ukraine zu verlieren. Gänzlich unberechtigt ist diese Befürchtung nicht.

Mehr Freiheitsgeist und Wehrhaftigkeit stünde den Deutschen auch gut zu Gesicht, wenn es um die Verteidigung des eigenen Landes geht, zu der den Umfragen nach nur ein Bruchteil bereit wäre. Mit Defätismus schreckt man einen Aggressor wie Putin nicht ab. Nicht nur die Bundeswehr, die ganze Republik muss ihm zeigen, dass sie im Kriegsfall ihre Freiheit so tapfer verteidigen würde wie die Ukrainer.



4 190295 404105 2 0 0 0 9

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs